

Stellungnahme

**zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der
Finanzen für ein**

**Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und
Entwicklung (Forschungszulagengesetz - FzulG)**

Die Förderung der Forschungsaktivitäten von Unternehmen durch steuerliche Instrumente ist in den meisten OECD-Staaten bereits lange Zeit Praxis. Die Bedeutung steuerlicher Anreize bei Investitionsentscheidungen von Unternehmen nimmt immer stärker zu. AmCham Germany bewertet deshalb die Entscheidung zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung als wichtiges Signal für den Forschungsstandort Deutschland und begrüßt den Willen der Bundesregierung, diese zum 01.01.2020 einzuführen.

Die Tatsache, dass die Förderung auf Unternehmen unabhängig von Ihrer Größe angewendet werden kann, betrachten wir positiv. Kritisch sehen wir hingegen die avisierte Deckelung des Fördervolumens von 25% auf einen Betrag von max. 2 Millionen Euro. Zur Erreichung der beabsichtigten Effekte sehen wir die Förderhöchstsumme von 500.000 Euro p.a. zu niedrig. Aus diesem Grund sollte auch die im Referentenentwurf unter § 10 festgehaltene Evaluierung vorrangig auf die Inanspruchnahme und Praktikabilität der Ausgestaltung ausgelegt werden. Angesichts der niedrigen Förderhöchstsumme sowie der vorgesehenen Förderdauer kann keine verlässliche Aussage zum Beitrag für das 3,5%-Ziel abgeleitet werden. Erfreulich ist jedoch, dass nach § 12 FZuLG die Forschungszulage nicht zu den steuerpflichtigen Einnahmen gehört.

Im internationalen Vergleich bleibt unserer Ansicht nach der Vorschlag der Bundesregierung deutlich hinter anderen Fördersystemen zurück. In den USA wurden zum Beispiel mit der Steuerreform (Tax Cut and Job Act), die zum 01.01.2018 wirksam wurde, Anreize für mehr Investitionen gesetzt, um u.a. die Aktivitäten im Bereich F&E zu fördern und die Attraktivität der USA als Forschungsstandort wieder zu stärken. Damit Deutschland zukünftig im Standortwettbewerb mit anderen Industriestaaten konkurrenzfähig bleibt, wäre es unserer Meinung nach begrüßenswert, wenn die Bundesregierung einen noch stärkeren Anreiz in Aussicht stellt. So kann sie ihr Vorhaben, Investitionen in Forschung und Entwicklung in Deutschland zu fördern, glaubhaft zum Ausdruck bringen.

Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)

Vor 116 Jahren gegründet und mit mehr als 2300 Mitgliedern ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Unternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Stimme der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

Kontakt

Livia Fischer
Manager, Government Relations
Head of Berlin Office
T +49 30 2130056-23
F +49 30 2130056-11
E lfischer@amcham.de

AmCham Germany online

www.amcham.de | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)